

Claus Vogt Marktkommentar - Ausgabe vom 23. November 2019

Die Wohlstandsvernichter - Das neue Buch von Claus Vogt und Roland Leuschel

- **Die schwere Rezession des Jahres 2008 war nur ein Vorspiel**
- **Zentralbanken sind nicht allmächtig**
- **Die nächste große Krise steht bevor**
- **Was machen eigentlich ... meine Steuergroschen?**
- **Rundfunk- und Fernsehanstalten im Visier des Rechnungshofs**

Jetzt wird es ernst

Liebe Leser,

die Lage in der Weltwirtschaft und an den Finanzmärkten ist ernst. Wir befinden uns heute an einem ähnlich bedeutenden Wendepunkt wie zuletzt im Jahr 2007. Die ökonomischen Ungleichgewichte und Fehlentwicklungen und die damit einhergehenden Gefahren und Risiken sind heute sogar noch erheblich größer als damals. Deshalb sollten Sie sich die Zeit nehmen, sich mit der aktuellen Situation zu befassen. Es gilt, Vorbereitungen zu treffen, um die kommende Krise möglichst unbeschadet zu überstehen oder sogar als Gewinner daraus hervorzugehen.

Schon Ende der 1990er Jahre haben Roland Leuschel und ich die vom damaligen Fed-Präsidenten Alan Greenspan vorgenommenen geldpolitischen Weichenstellungen scharf kritisiert und auf die negativen Folgen dieser Politik hingewiesen. In unserem 2003 erschienenen Buch „Das Greenspan-Dossier“ haben wir die Ergebnisse unserer Analysen in komprimierter Form einem breiten Publikum vorgelegt – und wurden dafür unter anderem in der Financial Times hart attackiert.

Darüber hinaus warnten wir unsere Leser dann im Sommer 2007 vor der weltweiten Rezession und Finanzkrise, die sich in unseren Prognosemodellen immer deutlicher abzeichneten. Wir erkannten die Immobilienblase in den USA und einigen europäischen Ländern, deren Vorhandensein von den Zentralbankern vehement geleugnet wurde.

Die schwere Rezession des Jahres 2008 war nur das Vorspiel

Die Rezession begann im Dezember 2007, und Ende 2008 bzw. Anfang 2009 stand das Finanzsystem unmittelbar vor dem Zusammenbruch. Die Aktienkurse fielen weltweit um mehr als 60 Prozent und die Immobilienpreise in den USA sowie einigen europäischen Ländern, darunter Spanien, Portugal und Irland, waren ebenfalls im freien Fall. Der dadurch entstandene Abschreibungsbedarf auf faule Hypothekenkredite sorgte dafür, dass die meisten Großbanken Europas und der USA de facto pleite waren.

Es folgten groß angelegte Bankenrettungen, und in den USA wurden im März 2009 die Bilanzierungsvorschriften der Banken aufgeweicht, damit diese ihre Verluste nicht mehr ausweisen mussten. Seither sind Banken zu unberechenbaren Blackboxes verkommen, deren Risiken von externen Beobachtern nicht mehr analysiert werden können.

Zentralbanken sind nicht allmächtig

Wie in jedem Abschwung hatten die Zentralbanken schon im Vorfeld dieser dramatischen Zuspitzung mit drastischen Zinssenkungen reagiert. Darüber hinaus begannen sie unter der Führung des damaligen Fed-Präsidenten Ben Bernanke damit, in gigantischem Umfang Staatsanleihen und Hypothekenkredite, später auch Unternehmensanleihen, mit speziell zu diesem Zweck geschaffenen Geld zu kaufen. Diese von Anfang an höchst umstrittenen unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen wurden der Öffentlichkeit ausdrücklich als kurzfristige Notfallmaßnahmen verkauft.

Die nächste große Krise steht bevor

Inzwischen werden diese Notfallmaßnahmen von den Zentralbankern als normales geldpolitisches Instrument bezeichnet. Sie gelten weltweit als geldpolitischer Standard und haben den notwendigen Bereinigungsprozess hinausgezögert. Aber anstatt die der Krise zugrunde liegenden Probleme anzugehen, die Schuldenlast zu reduzieren und zu einer wenigstens halbwegs seriösen Geldpolitik zurückzukehren, ist seither das genaue Gegenteil geschehen: Weltweit hat die Gesamtverschuldung von Staat, Wirtschaft und privaten Haushalten um gut 40 Prozent zugenommen. Ermöglicht wurde dies durch eine ultralaxe Geldpolitik der Zentralbanken.

In der aktuellen Ausgabe meines Börsenbriefes Krisensicher Investieren zeigen wir Ihnen, dass unsere Risikoindikatoren jetzt wieder Rekordwerte erreicht haben. Das deutet darauf hin, dass die nächste Krise kurz bevorsteht. Sie wird wahrscheinlich noch heftiger ausfallen als in den Jahren 2007 bis 2009, weil die Ungleichgewichte und Fehlentwicklungen noch größer sind als damals. [Bestellen Sie meinen Börsenbrief Krisensicher Investieren jetzt 30 Tage kostenlos zum Test, und informieren Sie sich, was Sie tun können, um Ihr Vermögen zu erhalten und zu vermehren.](#)

Ich wünsche Ihnen ein fröhliches Wochenende,

Ihr



Claus Vogt, Chefredakteur Krisensicher Investieren

P.S.: In den vergangenen Jahren hat eine heimliche Machtübernahme der Zentralbanken stattgefunden. Diese Machtübernahme und ihre Folgen sind das Thema unseres neuen Buchs

„Die Wohlstandsvernichter – Wie Sie trotz Nullzins, Geldentwertung und Staatspleiten Ihr Vermögen erhalten“. Lesen Sie dieses Buch zu Ihrem eigenen Schutz. Der Weg ist vorgezeichnet. [Hier können Sie das Buch direkt beim FinanzbuchVerlag bestellen.](#)

P.P.S.: Sie wollen Woche für Woche über Gold, die Finanzmärkte und die Zusammenhänge mit der Wirtschaft informiert werden, dann fordern Sie bitte den kostenlosen Claus Vogt Marktkommentar [hier](#) ganz einfach mit Ihrer E-Mail an.

[Schützen und mehren Sie Ihr Vermögen und testen Sie noch heute KRISENSICHER INVESTIEREN 30 Tage kostenlos.](#)

Claus Vogt, der ausgewiesene Finanzmarktexperte, ist zusammen mit Roland Leuschel Chefredakteur des kritischen, unabhängigen und konträren Börsenbriefs Krisensicher Investieren.

2004 schrieb er ebenfalls zusammen mit Roland Leuschel das Buch "Das Greenspan Dossier" und die „Inflationsfalle“. Mehr zu Claus Vogt finden Sie [hier](#).

Was machen eigentlich ... meine Steuergroschen? (23.11.2019)

Autor: Gotthilf Steuerzahler

Rundfunk- und Fernsehanstalten im Visier des Rechnungshofs

Liebe Leserinnen und Leser,

alle Einrichtungen, die ihr Geld nicht am Markt verdienen müssen, haben die Tendenz, sich personell aufzublähen. Die zuständigen Entscheidungsgremien sind bestrebt, dieser Tendenz entgegen zu wirken. Sie geben enge Stellenpläne vor, die nicht überschritten werden dürfen. Aber die Praxis findet häufig Mittel und Wege, um die Vorgaben der Stellenpläne zu unterlaufen. Eine derartige, über Jahre hinweg praktizierte Trickserei wurde vor kurzem bei einer Landesrundfunkanstalt festgestellt. Auf die Schliche kam ihr der zuständige Landesrechnungshof, der auch im Bereich des gebührenfinanzierten Rundfunks prüfen darf.

Nach der Finanzordnung der Rundfunkanstalt weist der Stellenplan den Gesamtbedarf der festangestellten Mitarbeiter aus. Als einzige kleine Ausnahme von diesem Prinzip ist zugelassen, dass Mitarbeiter, die für eine anders geartete berufliche Tätigkeit in der Anstalt umgeschult werden, außerhalb des Stellenplans geführt werden dürfen.

Nach den Feststellungen des Rechnungshofs beschäftigt die Rundfunkanstalt gleichwohl eine Vielzahl von Mitarbeitern außerhalb des Stellenplans aufgrund von sogenannten Mittelbewirtschaftungsvermerken. Diese Vermerke erlauben zum Beispiel die befristete Beschäftigung von Mitarbeitern. Die Schaffung von Stellen außerhalb des Stellenplans über Mittelbewirtschaftungsvermerke ist in der Finanzordnung nicht vorgesehen.

Mehr als 200 Stellen außerhalb des Stellenplans in den letzten Jahren

Im Jahr 2008 wurden 127 Stellen über Mittelbewirtschaftungsvermerke besetzt. Diese Anzahl stieg in der Folge an und erreichte im Jahr 2011 mit 244 Stellen ihren Höchststand. Seitdem lag die Anzahl der über Mittelbewirtschaftungsvermerke besetzten Stellen bis 2014 weitgehend konstant bei etwa 205. Der Rechnungshof kam zu dem Schluss, dass hier offenbar ein dauerhafter Bedarf abgedeckt wird, auch wenn die einzelnen Stellen regelmäßig mit neuen Mitarbeitern besetzt wurden. Dafür spreche auch, dass die Anzahl der über Mittelbewirtschaftungsvermerke außerhalb des Stellenplans geschaffenen Stellen keinen großen Schwankungen unterliege.

Dauerhafte Bedarfe müssen über den Stellenplan abgedeckt werden

Die geprüfte Rundfunkanstalt hat argumentiert, dass es sich bei der Beschäftigung von Mitarbeitern im Rahmen von Mittelbewirtschaftungsvermerken entweder um nicht dauerhafte Aufgaben handele oder um Aufgaben, die zwar grundsätzlich dauerhaft, in Art und Umfang jedoch schwankend seien sowie von wechselnden Personen erledigt würden.

Der Rechnungshof hat auf den Grundsatz der Klarheit des Wirtschaftsplans hingewiesen. Die Zahl der Mittelbewirtschaftungsvermerke und der darüber beschäftigten Mitarbeiter müsse möglichst geringgehalten werden. Er hat gefordert, Mittelbewirtschaftungsvermerke zur Beschäftigung von Personal außerhalb des Stellenplans auf Ausnahmefälle zu begrenzen. Regelmäßig wiederkehrende oder dauerhafte Bedarfe müssten über den Stellenplan abgedeckt werden. Es bleibt abzuwarten, ob die Rundfunkanstalt den Forderungen des Rechnungshofs nachkommt.

Der Rechnungshof fordert ein Benchmarking zwischen den Rundfunkanstalten

Der Landesrechnungshof hat die geprüfte Rundfunkanstalt weiter unter Druck gesetzt indem er forderte, das Instrument des Benchmarkings zwischen den Landesrundfunkanstalten intensiver zu nutzen. Ein systematisches Benchmarking könne helfen, die eigene Leistungserstellung zu hinterfragen und durch die Identifizierung von sogenannten „Best practices“ Wirtschaftlichkeitsreserven zu heben.

Nach Aussage der Rundfunkanstalt findet im Rundfunkbereich kein systematisches Benchmarking statt. In der ARD gebe es zwar zahlreiche Kommissionen und Arbeitsgruppen, die auch Ablaufprozesse miteinander verglichen. Die hieraus gewonnenen Erkenntnisse würden auf Anwendbarkeit überprüft. Eine zentrale Dokumentation und Systematik gebe es nicht. Größe und Struktur der Landesrundfunkanstalten seien außerdem zu unterschiedlich für ein Benchmarking.

Einsparpotentiale werden durch Benchmarking aufgedeckt

Der Landesrechnungshof teilt nicht die Einschätzung der Rundfunkanstalt, dass Unterschiede in Größe und Struktur der einzelnen Anstalten einen qualifizierten Vergleich verhindern. Auch in der freien Wirtschaft gehe der Benchmarking-Ansatz nicht von identischen Einheiten aus. Im Übrigen habe die KEF, die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten, ein Benchmarking im Produktionsbereich sowie in der IT-Landschaft durchgeführt. Dabei seien erhebliche Einsparpotenziale aufgedeckt worden.

Liebe Leserinnen und Leser, wir können nur hoffen, dass der Rechnungshof sich mit seinen überaus berechtigten Forderungen durchsetzt. Allerdings zeigt die Vergangenheit, dass sich die Rundfunkanstalten nicht wirklich einschränken wollen. Man kann ja an der Gebührenschaube drehen, denken die offensichtlich. Und wir müssen´s dann bezahlen, sagt verärgert

Ihr

Gotthilf Steuerzahler

www.krisensicherinvestieren.com

Dieser Text stammt aus dem kostenlosen Newsletter [Claus Vogt Marktkommentar](#).

Claus Vogt, der ausgewiesene Finanzmarktexperte, ist zusammen mit Roland Leuschel Chefredakteur des kritischen, unabhängigen und konträren Börsenbriefs [Krisensicher Investieren](#).

[Schützen und mehren Sie Ihr Vermögen und testen Sie noch heute KRISENSICHER INVESTIEREN 30 Tage kostenlos.](#)

2004 schrieb er ebenfalls zusammen mit Roland Leuschel das Buch "Das Greenspan Dossier" und die „Inflationsfalle“. Jetzt ihr NEUES BUCH: [„Bitcoin & Co. Was Sie über Geld, Gold und Kryptowährungen wissen sollten“](#). Erhältlich im Buchhandel oder auf www.krisensicherinvestieren.com – aber ganz bewusst nicht bei Amazon. Mehr zu Claus Vogt finden Sie [hier](#).